

PROLETARIERINNEN ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!

Wir hören sie schon: die immer kritischeren TheoretikerInnen, die Virtuosen der Dissidenz, die NeomarxistInnen und ihr Neoneogefolge. Proletariat? Sie feixen. Aller Länder? Sie rülpsen, denn schon lange haben sie den Speach von Ländern und Nationen überwunden. Vereinigt euch? Sie schwärmen von Vernetzung, von der Crowd und der Subjektivität, die sich irgendwie und irgendwo konstituieren möge. Aber zurück zum Kommunistischen Manifest? Ein No-Go!

Das Kapital geht da weniger schnöde um mit seiner Geschichte. Schliesslich hat es ja die besten Erfahrungen gemacht. Und so haut es uns das Rezept knüppeldicht über die Birne: Klassenkampf von oben! Und zur Verdauung macht es uns Standortvorteile schmackhaft und garniert sie mit ein paar Arbeitsplätzen. Der unterwürfige Dank ist ihm sicher.

Kolonialismus, Imperialismus, Neoliberalismus: Die kritischen Kritiker und Neoneo-Was haben es von vorn und hinten unter die Lupe genommen. Und wer betet es ihnen nicht nach? Das Vokabular hat sich verselbständigt, zur rituellen Beschwörungsformel verdichtet. In diesem Raubtierkapitalismus muss es wohl tierisch abgehen: brutal, blutig, beschissen. Rette sich, wer kann!

Und sie fliehen. Die Geschichte ist die Geschichte der Klassenkämpfe. Das Kapital stürzt alle Verhältnisse um, rüstet die Arbeitskraft seinen Bedürfnissen entsprechend zu, hält die Menschen auf Trab und treibt sie vor sich her - vertreibt sie. Und da stehen sie nun. Und hilf- und kopflos wird über Fluchtursachen und Schlepperbanden und Aufnahmequoten und Integrationsmassnahmen debattiert. Das ist nicht bloss dumm und scheinheilig - das ist widerlich.

Es gibt Diskurse, auf die man sich nicht einlassen kann.

Es gibt Diskurse, denen man sich ganz bewusst verweigern muss. Es gibt Diskurse, die nur das eine Ziel verfolgen: uns zu korrumpieren. Bleiben wir der Geschichte des proletarischen Widerstands treu!

Wacht auf Verdammte dieser Erde! Millionen sind aufgewacht. Und sie kämpfen. Kämpfen für ein würdiges Leben. Das ist Klassenkampf. Und sie tragen ihn überall hin. Wir brauchen ihn nicht herbei zu philosophieren. Wir müssen ihn nur wahrnehmen. Und wir müssen uns entscheiden!

ProletarierInnen aller Länder vereinigt euch!

Rolf Zbinden, Biel Bienne

KAMPF DER USRIII Nein zu Steuergeschenken an die Unternehmen in Milliardenhöhe!

«Überladen Sie aber das Fuder nicht; davor möchte ich doch warnen», riet ausgerechnet Bundesrat Ueli Maurer dem Nationalrat. Doch die bürgerliche Mehrheit liess sich von den Worten des Finanzministers nicht beeindrucken, ganz im Gegenteil: Dar Nationalrat beschloss im Rahmen der Unternehmenssteuerreform III (USRIII) weitere Steuerprivilegien für die Unternehmen und geht bei den einzelnen Steuerprivilegien viel weiter, als der Ständerat es im Dezember 2015 noch tat. Kurz: Die bürgerliche Mehrheit fordert das Maximalprogramm! Dies zur grossen Freude der Unternehmen, die so in den Genuss von Steuergeschenken von mehreren Milliarden Franken kommen.

Für die Profitinteressen, gegen die Verfassung

Neu beinhaltet das USRIII-Paket die sogenannte «Tonnage Tax», von der die Schifffahrtsunternehmen profitieren. Dabei handelt es sich um eine Art «Pauschalbesteuerung»; die Reedereien zahlen mit diesem System je nach Frachtkapazität der Schiffe einen festen Betrag pro Schiff pro Jahr, dafür entfällt die Gewinnbesteuerung.

Selbst die Neue Zürcher Zeitung (NZZ), das mediale Flaggschiff der Bürgerlichen, muss dazu schreiben: «Das Konstrukt ist aber aus Sicht der Steuerlogik skurril und verfassungsrechtlich zweifelhaft.» Einmal mehr zeigt sich, dass die Bürgerlichen auf die Verfassung pfeifen, wenn es darum geht, die Profite der Unternehmen zu steigern.

Wieder im USRIII-Paket dabei ist die zinsbereinigte Gewinnsteuer, was einen Zinsabzug auf das Eigenkapital ermöglicht. Der Ständerat hatte diese Massnahme aus der Vorlage gekippt, unter anderem weil die Kantone mit massiven Steuereinbussen rechnen. Bei den Patentboxen lehnte der Nationalrat im Unterschied zum Ständerat eine Beschränkung der Ermässigung auf maximal 90 Prozent ab. Und beim Abzug der Forschungs- und Entwicklungskosten verzichtete der Nationalrat auf ein Maximum von 150 Prozent der effektiven Kosten, welcher der Ständerat beschlossen hatte. Zudem will der Nationalrat im Gegensatz zur kleinen Kammer auch Forschungskosten im Ausland für diesen Sonderabzug zulassen. Aus taktischen Gründen hat die Ratsmehrheit die Abschaffung der Emissionsabgabe aus der Vorlage gestrichen. Diese uralte Forderung der Bürgerlichen soll zu einem späteren Zeitpunkt umgesetzt und zu einem zusätzlichen Steuergeschenk für die Unternehmen von 230 Millionen Franken führen.

«Fehlinformation durch Unterdrückung»

Der Bundesrat geht nun bei der USRIII von Steuerausfällen von 1,22 Milliarden Franken für den Bund aus. Doch die steuerlichen Ausfälle durch die Patentbox, den Abzug für Forschungs- und Entwicklungskosten sowie für die Aufdeckung der stillen Reserven wurden nie geschätzt. Hier besteht eine grosse Unsicherheit. Eine vorsichtige Schätzung aller Ausfälle ergibt Mindereinnahmen von mindestens 1,6 Milliarden Franken. Wie wenig zuverlässig die Angaben des Bundesrats sind, zeigt auch ein Blick in die jüngste Geschichte: Bei der zweiten Reform der Unternehmenssteuer (USRII) im 2008 ging der Bundesrat von Steuerausfällen in der Höhe von rund 80 Millionen Franken pro Jahr aus. Das Referendum gegen die USRII scheiterte an der Urne mit 49,5 Prozent Nein-Stimmen denkbar knapp. Drei Jahre später, am 14. März 2011, musste der Bundesrat auf Druck des Parlaments jedoch zugeben, dass Bund, Kantone und Gemeinden wegen der USRII mit Steuerausfällen von über sieben Milliarden Franken in den nächsten zehn Jahren rechnen müssen. Selbst das Bundesgericht sprach von einer «krassen Verletzung der Abstimmungsfreiheit» und von «Fehlinformation durch

Unterdrückung». Einzelne RichterInnen gar von einer «systematischen Irreführung» der StimmbürgerInnen.

Bis zu 4,6 Milliarden Steuergeschenke

Zu den Ausfällen auf Bundesebene kommen die massiven Steuerausfälle für die Kantone und Gemeinden hinzu. Der Städteverband errechnete allein für die Gemeinden einen Ausfall von 1,3 Milliarden Franken. Die geplante Senkung der Gewinnsteuer bedeutet für die Kantone Mindereinnahmen von rund 1,6 Milliarden Franken und die Steuerausfälle durch die Patentbox belaufen sich auf 400 Millionen Franken. Realistisch ist mit Mindereinnahmen für die Gemeinden und Kantone von 2,5 bis 3 Milliarden Franken zu rechnen. Unter dem Strich kostet die USRIII-Reform die Allgemeinheit 4,1 bis 4,6 Milliarden Franken. Kantone und Gemeinden werden gezwungen sein, diese horrenden Steuerausfälle mit Sparmassnahmen zu kompensieren. Sparmassnahmen, welche auf Kosten der Bevölkerung durchgeführt werden und Tausende von Arbeitsplätzen in Gefahr bringen, die direkt, aber auch indirekt mit dem öffentlichen Dienst (Bildung, Gesundheitswesen, öffentlicher Verkehr etc.) in Zusammenhang stehen.

Dass dies keine Schwarzmalerei ist, beweist folgende Tatsache: Mitte Oktober 2015 hat der Bundesrat ein Sparpaket von einer Milliarde Franken beschlossen, das auch mit den fehlenden Einnahmen durch die USRIII begründet wurde. Besonders hart trifft es das Bundespersonal, denn hier sind laut Medienmitteilung des Bundesrats «namhafte Kürzungen» vorgesehen. Angesetzt wird der Rotstift auch in den Bereichen Soziale Wohlfahrt (180 Millionen), Entwicklungshilfe (250 Millionen) sowie Bildung und Forschung (210 Millionen). Die USRIII zeigt ihre negativen Auswirkungen, lange bevor sie überhaupt in Kraft ist. Eine bedenkliche Tatsache, welche aber die Notwendigkeit des Widerstands gegen die USRIII dringend macht. Umso mehr, weil gleichzeitig mit der Revision der AHV eine zentrale Säule des Sozialstaats auf dem Spiel steht. Eine der Forderungen des Bundesrats, um bei den Renten Kosten zu «sparen», ist die Erhöhung des Frauenrentenalters. Dass Steuergeschenke an die Unternehmen und Sozialabbau einen direkten Zusammenhang haben, belegt auch die USRII aus dem Jahr 2008: Wie bereits erwähnt, betrug die steuerliche Entlastung für Unternehmen Milliarden von Franken. Finanziert wurden diese «Geschenke» unter anderem durch die Revision der Arbeitslosenversicherung im Jahr 2010, die zu «Einsparungen», sprich zu einem Leistungsabbau für die Betroffenen von 600 Millionen Franken, führte.

Die PdAS ergreift das Referendum

Bereits in ihrem Wahlprogramm 2015 hat die Partei der Arbeit der Schweiz (PdAS) auf die kapitalhörige Steuerpolitik der Schweiz hingewiesen: Laut der Studie «Reichtum in der Schweiz» des Instituts für Soziologie der Universität Basel aus dem Jahr 2010 formieren folgende steuerpolitischen Massnahmen gemeinsam «einen schweizerischen Jahrhundert-Trend»:

- Verhältnismässige Minderbelastung hoher Vermögen
- Verzicht auf eine nationale Vermögenssteuer seit 1959
- Abschaffung bzw. Reduktion der Erbschaftssteuer in vielen Kantonen seit den 1980er-Jahren
- Steuersenkungsrunden bei den Einkommens- und Vermögenssteuertarifen
- Abschaffung kantonaler Kapitalgewinnsteuern

Es ist an der Zeit, diesen «schweizerischen Jahrhundert-Trend» zu brechen! Die Vorlage geht nun zur Differenzenbereinigung in den Ständerat zurück. Angesichts der Machtverhältnisse ist damit zu rechnen, dass die USRIII in der Sommersession, die am 18. Juni 2016 zu Ende gehen wird, definitiv verabschiedet wird. Die PdAS wird gegen die USRIII das Referendum ergreifen. Sie ruft alle linken und fortschrittlichen Kräfte auf, sich diesem wichtigen Kampf anzuschliessen.

Partei der Arbeit der Schweiz, März 2016

VIERERFELD

Schon an der Sitzung des Stadtparlamentes vom 26. November 2015 sprach sich Stadtrat Daniel Egloff (PdA) für ein Nichteintreten aus und beantragte mit mehreren Anträgen die Rückweisung an den Gemeinderat zur Überarbeitung des Projekts. So verlangte er einen 50% Anteil an gemeinnützigem Wohnungsbau auch bei der Mittelfeld-Überbauung, 10% sozialen Wohnungsbau auf beiden Arealen und eine eins zu eins Kompensation der wertvollen Ackerlandflächen. Immerhin wurde 50% gemeinnützigem Wohnungsbau auf dem Mittelfeld in die Vorlage aufgenommen. Die anderen Anträge wurden jedoch abgelehnt. Hier folgt nun eine gekürzte Version der Wortmeldung.

Dieses Projekt ist kein zukunftsgerichtetes Projekt; es ist kein Projekt, das der Mehrheit der Berner Bevölkerung

dient, sondern es dient nur wenigen und ist die Fortsetzung einer veralteten Politik. Denn mit der Überbauung Viererfeld und Mittelfeld passiert genau das, was eigentlich gestoppt werden muss: Das Einzonen und Überbauen von Kulturland. Als Argument wird angeführt, die Überbauungen Mittel- und Viererfeld würden die Siedlungsentwicklung „nach innen lenken“ und es sei besser, ein Stück Land in der Stadt bzw. am Stadtrand zu überbauen als grüne Flächen auf dem Land. Was auf den ersten Blick vernünftig erscheint, ist in Wahrheit eine Täuschung, denn dieses Projekt verhindert gerade eine Verdichtung nach innen. Innere Verdichtung heisst nämlich, möglichst gar kein Kulturland zu überbauen und stattdessen das Bestehende zu optimieren. Dies verlangt aber nach einer ganz anderen Stadtplanung. Potential muss erkundet werden, mit Eigentümern muss verhandelt werden, und es entstehen viele, im Vergleich, kleine Projekte. Dies ist aber nicht nur ökologisch, sondern auch wirtschaftlich nachhaltiger. Viele kleinere Projekte über einen langen Zeitraum hinweg sind für Bauunternehmen aus der Region eher zu bewältigen, und statt eines Wanderzuges von Grossprojekt zu Grossprojekt werden dauerhaft Arbeitsplätze geschaffen.

Wer wären eigentlich die Gewinner der Viererfeldüberbauung? Es wären dies die Bauunternehmer und Investoren einerseits und andererseits die Wohnungssuchenden mit einem dicken Portmonee. Die Wohnungen werden teuer werden, dies schon nur wegen den hohen Kosten für den Landkauf¹. Auch gemeinnützigem Wohnungsbau nützt da wenig, denn auch diese Wohnungen werden kostendeckend vermietet werden. Somit wird das Argument des Wohnungsmangels hinfällig, denn gerade an teuren Wohnungen mangelt es in der Stadt Bern nicht. In der Abstimmungsbotschaft wird von sozial- und altersmässig durchmischtem Quartier gesprochen - wenn damit gemeint ist, dass dort verschiedenes Kader aus Privatwirtschaft und hohe Beamte vor und nach der Pensionierung leben werden, sowie weitere gut situierte Familien, dann wird das sicherlich so eintreffen. Ich würde das aber nicht als "sozial durchmischte" bezeichnen. Und damit sind wir schon bei den Verlierern dieses Projekts. Das sind alle diejenigen, die auf der Suche nach günstigem Wohnraum sind, denn dieser wird mit diesem Projekt nicht geschaffen, und man wird weiterhin Schlange stehen bei Besichtigungsterminen von einigermassen bezahlbaren Wohnungen. Wenn im Viererfeld ein Quartier mit „starker Ausstrahlung entstehen“ soll, wie der Gemeinderat in seinem Vortrag schreibt, dann wird genau diese Ausstrahlung einen gentrifizierenden Effekt auch auf die anliegenden Quartiere ausüben und

dort die Mieten, die schon seit Jahren am Steigen sind, noch mehr in die Höhe treiben.

(...)

Bezüglich verlorenes Naherholungsgebiet: Das dafür angebotene Pärkli ist kein Ersatz für das aktuelle Viererfeld. Das Pärkli wird eingeklemmt sein zwischen Wald, hohen Gebäuden und Sportplätzen - im Vergleich zum heutigen Viererfeld eine traurige Angelegenheit.

Besser als heute könnten das Viererfeld und das Mittelfeld nicht genutzt werden: Es ist Landwirtschaftsgebiet, so nachhaltig wie möglich bewirtschaftet, gleichzeitig wichtiges Naherholungsgebiet, welches von sehr vielen Menschen tagtäglich besucht wird und mit den Familiengärten eine wichtige ökologische und sozialintegrative Funktion ausübt. Eine Kombination, die ein grünes und soziales Herz höher schlagen lässt. Lasst uns darum für dieses einmalige Gebiet nicht unter Sachzwängen eine falsche Entscheidung treffen!

Es ist ein unökologisches Projekt mit grünem Anstrich, es ist ein Projekt für wenige statt für alle. Lasst uns vernünftig und zukunftsorientiert handeln und dieses wertvolle Gebiet für zukünftige Generationen erhalten!

ZIEGLERSPITAL UND ASYLUNTERKUNFT

Noch immer sterben Menschen an der Grenze zu Europa, nicht wegen Krieg, nicht wegen Hunger, sondern weil mit allen Mitteln versucht wird, den Fluchtweg nach Europa so schwierig wie möglich zu gestalten, um dann die Schuld für die Toten denen in die Schuhe zu schieben, die ein Geschäft daraus machen, die Flüchtenden über die Hindernisse zu bringen. Da stellt sich die Frage, was ist schlimmer: Zäune errichten, welche die Menschen hindern, in Sicherheit zu gelangen, oder Geld verlangen, um diese Zäune zu umgehen?

Gleichzeitig wird die 1000fache Tragödie entmenschlicht, als wäre sie eine Naturkatastrophe, ein Tsunami; es wird von einer "Welle" gesprochen, die eine unaufhaltsame Bedrohung für "uns" darstelle. Dies, um eine Spaltung zwischen den Völkern herbeizuführen und zu verhindern, dass sich die Menschen solidarisieren und erkennen, welches Leid der Kapitalismus für die Mehrheit der Menschen bedeutet. Dabei ist es doch so, dass seit Jahrhunderten die wahre Bedrohung vom Norden über die Völker des Südens hereinbricht. Sie kommt aus

Europa, auch aus der Schweiz, und das schweizerische Kapital hat überhaupt keinen Grund sich zu verstecken, beim Sklavenhandel bis zur Ausbeutung der Gold- und Ölvorkommen war und ist die Schweiz immer wieder dabei. Mit seiner Fischereiflotte leert das europäische und nordamerikanische Kapital die Meere vor den Küsten des Südens und hinterlässt nur Kriegsschiffe aus Angst um seine scheinbar endlosen Karawanen an Containerschiffen. Mit seinen Förderpumpen saugt es den letzten Tropfen Öl aus der Erde und lässt ölverschmutzte, unbewohnbare Landstriche zurück. Mit seinen Divisionen von Bergbauunternehmen lässt es Männer, Frauen und Kinder die Erde bis auf die letzte Unze Edelmetall auspressen, und zurück bleiben nur Berge von Elektroschrott, das die Menschen langsam vergiftet. Mit subventionierten Produkten und dem massgeblich vom nordischen Kapital ausgelösten Klimawandel wird die davor schon geschwächte lokale Infrastruktur endgültig zerstört und das Geld, das als „Investition“ in Söldner in den Süden fließt, kommt zurück und befindet sich weiterhin auf den Bankkonten von CS und UBS

Und wie nun die Umkehrung gelungen ist und die Menschen des Südens nun als die ultimative Bedrohung wahrgenommen werden, ist es legitim, alles zu tun, um ihre Reise zu verhindern, auch wenn dies tödliche Konsequenzen hat. Und denen es gelingt, bis nach Europa zu kommen, die müssen in Lager gesteckt und kategorisiert werden. Möglichst schnell soll dann entschieden werden, wer würdig ist und bleiben darf und wer nicht. Die kommenden Bundeszentren dienen zu nichts anderem, als diese Selektion effizienter zu gestalten. Und darum sind wir auch gegen diese Bundeszentren.

Es ist nur eine konsequente Politik, die Betreuung der Ankommenden der wirtschaftlichen Verwertung zum Frass vorzuwerfen und noch daraus ein Geschäft zu machen. Auch dies lehnen wir entschieden ab! Statt Verwertung braucht es Solidarität. Menschen sind keine Produkte, und Menschenwürde ist nicht verhandelbar. Das profitorientierte Unternehmen ORS AG wird sicher das kommunizieren, was der Kunde hören will - und das ist in diesem Fall, dass alles in Ordnung sei. Natürlich gibt es ein Konzept und technische Kriterien, welche durch ein Qualitätsmanagement überprüft werden können. Was in Wirklichkeit daraus gemacht wird, interessiert jedoch die Technokraten nicht; Hauptsache, das Geld fließt. Da steht in der Antwort des Gemeinderates auf unseren Vorstoss: "Im Zweifelsfall vereinbaren die Betreuerinnen und Betreuer einen Termin beim zuständigen Arzt." Soweit so gut. Wenn aber die Betreuung

findet, dass eine Operation bei einem Kranken keinen Sinn mache und erst der Arzt die Betreuung davon überzeugen muss, dass dem nicht so ist, zeigt sich hier doch, wes Geistes Kind diese Firma ist! Dass nach der Operation kein Einzelzimmer, oder nicht wenigstens ein praktischeres Bett in der Unterkunft zur Verfügung stand und sich auch niemand wirklich darum kümmerte, passt dazu. Die Unterbringung von Asylbewerbern in der Zivilschutzanlage Hochfeld ist nicht nur darum ein Problem, weil das Leben in einer Zivilschutzanlage ungesund und für kriegstraumatisierte Menschen stark belastend ist; sondern das Problem wird noch verschärft auf Grund der schlechten Betreuung durch die Firma ORS AG.

Es ist nun an der Zeit, das Durchgangszentrum im Hochfeld aufzuheben und einen besseren Ort dafür zu finden, wie es evtl. das ehemalige Zieglerspital sein könnte. Unerlässlich ist es auch, die Betreuung an eine Non-Profit- Organisation zu übergeben!

Stadtratsitzung vom 14. Januar 2016 Intervention Daniel Egloff, PdA



NEUES BÜPF UM- MÜPFEN – AUCH NDG UND DERGLEICHEN!

Momentan befindet sich das Referendum gegen die Revision des Bundesgesetzes betreffend Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (Büpf) in der Sammelphase. Das gegen das neue Nachrichtendienstgesetz (NDG) ist zustande gekommen und kommt bald zur Abstimmung. Dabei handelt es sich um Vorlagen, die es in sich haben.

Als im Jahre 1989 in der Schweiz 900'000 (!) Fichen (schw. für Akten, Dossiers) von mehrheitlich unbescholtenen BürgerInnen zum Vorschein kamen, fielen alle aus den Wolken. Es scheint eine Konstante in der jüngeren schweizerischen Geschichte zu sein, dass immer alle von nichts gewusst hatten. Der Skandal damals dauerte nicht lange an. Die Initiative „Schweiz ohne Schnüffelpolizei“, gleich im Anschluss gestartet und 1991 eingereicht, kam erst Ende 1998 zur Abstimmung und wurde auch deswegen verworfen. Die Empörungshalbwertzeit ist heute viel kürzer geworden.

Und als 2013 Edward Snowden die Überwachungstätigkeit des Auslandgeheimdienstes der Amis aufdeckte (Prism), welche die ganze Welt betraf – auch deren sogenannte „FreundInnen“ wie Angela Merkel –, wollte wieder niemand etwas gewusst haben vom Überwachungsmoloch Echelon der USA und ihrer Vasallenstaaten (um die Jahrtausendwende ein Thema), von den Spionageeinrichtungen in Zimmerwald (Satellitenüberwachungssystem Onyx) des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) etc.

Die technischen Möglichkeiten sind heute viel grösser, die nun mittels diversen Gesetzesrevisionen nicht nur angepasst, sondern ausgenutzt und ausgebaut werden sollen und stellen alles bisher dagewesene in den Schatten. Daher ist es so wichtig, die Revision des Bundesgesetzes betreffend Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (Büpf) und das neue Nachrichtendienstgesetz (NDG) zu bekämpfen!

Vorgeschichte

War die Schweiz nach den liberalen Revolutionen von 1830/32 und 1848 noch ein Hort für politische Flüchtlinge, wo Protagonisten der gescheiterten liberalen Revolutionen in Frankreich, Deutschland, Italien, Polen, Russland usw. Zuflucht fanden, begann die politische Polizei ab der folgenden Jahrhundertwende AnarchistInnen, Gewerkschafter, SozialistInnen, KommunistInnen und politische Flüchtlinge, später auch AKW-GegnerInnen, Hippies, Alternative usw. zu überwachen. 1937 wurden zuerst starke westschweizer Sektionen der Kommunistischen Partei und 1939 dann die Zeitung (die „Freiheit“, wie der „vorwärts“ damals hiess) verboten, bevor 1940 die ganze KPS dieses Schicksal erlitt. Doch bald einmal nach der Wiederezulassung der Partei als Föderation der Parteien der Arbeit setzte der Kalte Krieg ein und die Überwachung nahm ein bislang nie dagewesenes Ausmass an. Bis 1988 die Affäre Kopp kam, wo Bundesrätin Elisabeth ihren Mann Hans W.

durch Insiderinformationen vor Untersuchungen wegen Steuerhinterziehung schützen wollte. Durch die vom späteren Bundesrat Moritz Leuenberger angeführte Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) kamen Fichen von über 700'000 Leuten und Organisationen hervor. Eine weitere PUK hat dann noch eine Geheimarmee gefunden, P-26 (und einen dazugehörigen Nachrichtendienst P-27), welche sich wohl faschistischen Terrors bedient hätte bei einer sozialistischen Revolution o.ä., wie es z.B. die Nato-Stay-Behind-Armee Gladio in Italien machte.

Lüpf' das Büpf

Seit nunmehr zwei Jahren versuchten National- und Ständerat und Bundesrätin Sommaruga verkrampft, das Büpf zu ändern. Dabei sollen Trojaner (kleine unentdeckte schädliche Spionageprogramme) des Bundes erlaubt werden (auch GovWare genannt), wie dies z.B. schon in Deutschland mit dem Bundestrojaner der Fall ist. Ebenso soll die Vorratsdatenspeicherung, die man vom dortigen damaligen Innenminister Wolfgang Schäuble kennt, von 6 auf 12 Monate erhöht werden. Das heisst, dass alle Telecomanbieter (Festnetz, Internet, Natel), Internetprovider und Wlan-Hotspot-Anbieter (auch Schulen, öV, Restaurants etc.) die Verbindungsdaten (z.B. wer wann welche Webseite aufruft und was herunterlädt, auch Metadaten genannt) solange aufbewahren müssen, um bei Bedarf darauf zurückgreifen zu können. Diese Dauer bleibt zwar jetzt bei 6 Monaten, jedoch mit mehr Daten wie Verbindungsversuche, Abodaten wie Geburtstag etc., die gesammelt werden müssen. Zudem handelt es sich wieder nur um eine Mindestdauer. Des weiteren kommen neben Trojanern neu auch IMSI-Catcher zum Zuge, mit welchen die eindeutige Identifikationsnummer (IMSI) der BenutzerInnen ausgelesen und der ganze Handyverkehr (zum Bsp. an Demos) lokal abgefangen, beeinflusst und lahmgelegt werden kann, Bewegungsprofile erstellt werden können etc. Auch Auslesung des ganzen Datenstroms ist neu möglich.

Wegen diesen Verschärfungen wurde von einem breiten Komitee mit Organisationen aus der Netzgemeinde, Grundrechte.ch, linken Parteien, Piratenpartei, Jungparteien aller Couleur, VertreterInnen aus der Branche und einzelnen Politikern von links und rechts das Referendum ergriffen. Die Frist läuft gerade und dauert noch bis zum 7.7.

NDG niederringen!

Das Büpf stellt die Grundlage dar für das neue NDG, wo

das Referendum schon steht und welches voraussichtlich am 25. September 2016 zur Abstimmung kommt. Hier sollen Kabelaufklärung à la NSA, Einbruch zur Datenbeschaffung, Trojaner, Abhören mittels technischer Hilfsmittel wie Drohnen, Wanzen, Richtmikrofonen etc. möglich werden. Zudem wird der ganze Datenverkehr (E-Mails, SMS, „soziale“ Netzwerke etc.) in Echtzeit nach bestimmten Kriterien überwacht. Dieses Gesetz kam entgegen aller Erwartungen noch vor dem Büpf zustande, weil die Differenzen kleiner und der Widerstand weniger breit war. Hier waren die bürgerlichen Akteure nicht dabei, die PdA Schweiz mangels Ressourcen auch nicht, jedoch die PdA Bern, POP-Sektionen aus der Westschweiz und die Kommunistische Partei der italienischen Schweiz engagierten sich, sammelten Unterschriften, spendeten Geld. Die JungsozialistInnen (Juso) trugen die Hauptlast und ohne sie wäre es auch nicht zustande gekommen, doch diente es Fabian Molina, dem nunmehr ehemaligen Präsidenten der Jugendorganisation – bereit für Höheres –, auch als Profilierungsfeld. Eigentlich war es die Idee, dass es ein linkes Komitee gegen das Büpf geben müsse, welches dann das Referendum gegen das NDG ins Laufen brachte. Doch das linke Komitee kam dann nicht, weil die Juso schon alle Ressourcen verbraten hatte. Stattdessen gibt es nun leider, von dieser verqueren Strategie aufgeschreckt, gegen das Büpf zwar kein linkes Komitee – was für die Phase des Abstimmungskampfes sicher von Vorteil gewesen wäre, um das Sommaruga-Gesetz zu bodigen (ähnlich wie bei der Gripen-Abstimmung, als es auch zwei Komitees gab und die Abstimmung schliesslich gewonnen wurde) – dafür nun ein bürgerliches Komitee schon in der Sammelphase, zusammengesetzt aus den bürgerlichen Jungparteien (alle ausser jCVP, aber inkl. jungen Grünliberalen) und Swico, einem Wirtschaftsverband der ICT-Branche (Informations-, Kommunikations- und Telecombranche), der auch das Rücknahmesystem von gebrauchten Elektronikgeräten mittels der vorgezogenen Recyclinggebühr (vRG) in der Schweiz macht. Ihnen sind v.a. die hohen Kosten ein Dorn im Auge, die bei den ICT-Anbietern die ganze Datensammlung auf Vorrat verursachen würde. Die Webseite unten bezieht sich natürlich auf das breite Komitee von allen, wo wir auch dabei sind.

Bedenken?

Gegen blöde Argumente, wie „Ich hab' doch nichts zu verbergen!“, kann gesagt werden, dass der Staatsschutz eben doch was findet, sonst würde er nicht suchen. Wer sucht, der findet, wenn auch nicht das, wonach er suchte und es vielleicht auch erst in Zukunft relevant

für ihn wird, wenn die demokratischen und Menschenrechte noch mehr eingeschränkt werden. Die Daten lassen sich auch gut analysieren, verkaufen etc.: Wenn Telecomunternehmen schon sammeln müssen, werden sie die Daten auch für sich auswerten.

Wenn mehr Leute überwacht werden, steigert das die Sicherheit nicht, sie wird eher gemindert, weil die Datenflut grösser wird. Sowohl die Charlie-Hebdo-Täter wie auch jene kürzlich in Brüssel waren bekannt und wurden z.T. auch überwacht. Trotzdem konnten die Anschläge nicht verhindert werden. Auch ein Sicherheitsrisiko ist das durch das NDG möglich werdende Eindringen in fremde Computer und Netzwerke, da es auch im Ausland möglich sein soll. Das wird Gegenreaktionen hervorrufen, die selbst ein grosses Sicherheitsrisiko darstellen, da die Schweiz ein kleiner Fisch ist und leichter angreifbar ist als die Angegriffenen.

Wachsam bleiben...

Es ist nötig, beide Vorlagen vehement zu bekämpfen, und auch weitere Tendenzen im Auge zu behalten. Ein ehemaliger sog. Staatsschützer, Adrian Lobsiger, wurde eben vom Nationalrat zum Nachfolger von Hanspeter Thür als eidgenössischer Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragter (EDÖB) gekürt. Blöd! Er wird im alten Amt wohl kaum ein Maulwurf gewesen sein, sondern ist es im neuen Amt und gehört schnellstens wieder weg. Schon vorher wurde die Stelle kleingehalten, jetzt ist sie unterlaufen und hat seither gemäss Website und Twitter nichts mehr gemacht. George Orwells 1984 droht nicht nur, nein, wir sind schon mittendrin, viel weiter, und merken es zum Teil nicht mal. Das Bewusstsein ist eher gesunken, zum Beispiel gibt es die Big Brother Awards in der Schweiz (im Gegensatz zu D'land und Österreich) leider nicht mehr, mit welchem Überwachungstätigkeiten mittels eines (negativen) Preises ausgezeichnet wurden. Über die Gegenaufklärung von WikiLeaks redet heute auch praktisch kaum mehr jemand, über die Luxemburg-Leaks, Swiss-Leaks (Hervé Falciani) noch weniger, und die Panama Papers werden wohl auch bald nicht mehr das Papier wert sein und alles läuft wieder so wie vorher – business as usual. Setzen wir dagegen ein Zeichen!

Büpf-Bögen zum Unterschriftensammeln auf pdabern.ch

weitere Infos zu beiden Vorlagen:
<https://stopbuepf.ch/>
www.schnueffelstaat.ch

30. APRIL 2016 SAMSTAG
10h - 16h BERN

KIENTAL 1916

INTERNATIONALE TAGUNG
veranstaltet von der PdA Schweiz

PERSPEKTIVEN
GESCHICHTET
GEGENWART

Konferenzzentrum der UNIA

Weltpoststrasse 20, Bern (Tram Nr. 6 oder Nr. 8, Richtung 'Worb Dorf' oder 'Saali', Haltestelle Egghölzli)

Podiumsteilnehmende:

René Barthes, Frankreich PRCF (Pôle de Renaissance Communiste en France) **N. N., Russland** VertreterIn der KP Russische Föderation **Alexander Eniline, Schweiz** Doktorand, Mitglied Parteileitung PdAS **Hermann Kopp, Deutschland** Historiker, Redakteur, Vorsitzender der Marx-Engels-Stiftung **Nick Brauns, Deutschland** Historiker, Publizist, Mitarbeiter der Tageszeitung 'Junge Welt'

Moderation:

Beat Schneider Prof. em., Bern

Es besteht eine Simultan-übersetzung.

Die Veranstaltung ist öffentlich und der Eintritt ist frei. Verpflegungsmöglichkeiten in der Kantine des Konferenzentrums.

Impressum:

PdA Partei der Arbeit des Kantons Bern
Quartiergasse 17, Postfach, 3001 Bern
www.pdabern.ch / mail@pdabern.ch
Kontonummer 30-26786-9

pda/pop

*parti ouvrier et populaire
partei der arbeit*

prolétaires
proletarierInnen

de tous les pays,
aller länder

unissez-vous
vereinigt euch

1991